

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 Eingelagert in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Beispielt täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühren
 betragen für die sechsgepaltenen Kolonnen
 je Zeile oberer Raum 40 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Dienstag, den 22. April 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Waffenstillstand.

Die Beendigung des Generalstreiks.

Der Generalstreik ist beendet!

Der Generalrat der Arbeiterpartei hat am Sonntag nach vierstündiger Beratung mit 24 gegen eine Stimme und 2 Enthaltungen beschlossen, die Arbeiterschaft zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern. Ein am Sonntagabend erschienenen Manifest richtet im Sinne dieses Beschlusses eine Mahnung an die Arbeiter. Das Manifest lautet:

Arbeiter!

Seit acht Tagen geht Ihr unfrem Lande und der ganzen Welt ein unvergleichliches Beispiel.

Auf den ersten Ruf der Arbeiterpartei habt Ihr die Arbeit verlassen, auf Lohn verzichtet, Euer Brot geopfert, um Euer Recht zu gewinnen.

Jetzt glaubt die Reaktion gestagt zu haben; es ist nur Schein. In Wirklichkeit ist sie besiegt.

Von nun an wird die Verfassungsrevision mit Gewißheit erreicht werden.

Die Regierung kann sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen. Herr Boesche muß sich für eine nahe Zukunft mit dieser Thatsache abfinden. Alle Parteien der Opposition dringen auf dieses Ziel.

Die Arbeiterklasse und der fortgeschrittenste Teil der Bourgeoisie sind mehr denn je einig zur Eroberung des allgemeinen gleichen Wahlrechts.

Indem die liberale Partei die Revision zurückweist, zerreißt sie selbst alle Beziehungen zu demjenigen Teil der Arbeiterschaft, den katolische Frömmigkeit noch an sie fesselte.

Indem die liberale Partei durch unüberlegbare Megelei und durch niederträchtige Verurteilungen die Unruhen unterdrückt, die aus ihrem blinden Widerstand entstanden, empört sie das öffentliche Gewissen gegen sich.

Nachdem sie Eure Brüder ermordet hat, hofft sie Euch niederzuwerfen durch den Hunger, das Elend, die Verzweiflung.

Genossen!

Ihr werdet diese Rechnung vereiteln!

Geschlossen habt Ihr die Arbeit verlassen, geschlossen werdet Ihr sie wieder aufnehmen.

Der Streik sei beendet, doch der Kampf werde fortgesetzt, hartnäckiger und begehrteter als je!

Von der Kammer der Privilegierten appellieren wir an die Privilegierten selbst und wir sprechen die Ueberzeugung aus, daß die Auflösung des Parlaments kommen muß. Was auch immer geschehen mag, in der Zukunft, daß die Arbeiterpartei stärker ist als je gewesen, rufen wir der Arbeiterklasse zu:

Die Revision ist nahe!

Soch das allgemeine gleiche Stimmrecht!

Der Generalrat. Die socialistischen Deputierten.
 Die Vertreter der Berufsverbände.

Die reaktionäre deutsche Presse ist über die Nachricht von der Beendigung des Generalstreiks in einem ungeheuren Jubel ausgebrochen. Sie hält die ganze Revisionsbewegung damit für gescheitert. Selbst das liberale Volksblatt läßt sich allerlei über die „enorme Niederlage“ des belgischen Proletariats telegraphieren.

Das Manifest des Generalrats atmet keineswegs den Geist der Niedergeschlagenheit. Es erklärt die Einstellung des Generalstreiks lediglich für einen Waffenstillstand. Der Kampf um die Revision sei keineswegs aufgegeben, er werde mit unerschütterlicher Ausdauer fortgeführt werden. Der künftige Sieg des Proletariats stehe außer Frage.

Auch die Mitteilungen, die der „Peuple“ in seiner letzten Nummer über die Verhandlungen des Generalrats macht, beweisen, daß die leitenden belgischen Genossen die Aufhebung des Generalstreiks durchaus nicht aus dem Gefühl der Unterlegenheit heraus beschlossen haben. Wenn sich auch vereinzelt Stimmen geltend machten, daß die Aufhebung des Generalstreiks zu bedauern sei, wenn sich auch Zweifel erhoben, ob die Arbeiterschaft überall sofort der neuen Lösung willig folgen und die Arbeit wieder aufnehmen werde, so war doch die übergroße Majorität der Genossen der Ansicht, daß die Genossen im Lande wohl begreifen würden, daß die Aufhebung des Generalstreiks kein Aufgeben des Kampfsobjekts, keinen Verzicht auf den Siegespreis bedeute, sondern lediglich nicht abzuweisenden strategischen Erwägungen entspringe. Es wurde nachdrücklich betont, daß die Aufhebung des Streiks schon deshalb kein Zurückweichen im Kampfe bedeute, weil dieser Kampf ja mit aller Energie auf andern Gebieten fortgeführt werde. Die momentane parlamentarische Niederlage sei nicht so schwer und so entscheidend, daß sich die Arbeiterschaft zu verzweifelten Aktionen entschließen müsse, wie sie eine Fortsetzung des Generalstreiks herbeiführen könnte. Die Ablehnung der Revision durch die Kammer sei nur ein momentaner Pyrrhusieg der Liberalen, schon in wenigen Monaten werde die Frage des allgemeinen Wahlrechts von neuem brennend geworden sein. Der Kampf sei nur verlagert. Der Generalstreik, wurde auch bemerkt, treffe nicht nur die Gegner, sondern auch viele Freunde der Revision, zahlreiche liberale Unternehmer, die Verbündeten im ferneren Kampfe gegen die Reaktion.

Daß die deutsche reaktionäre Presse die Beweggründe unsrer belgischen Genossen verkennt und die Proklamierung des Waffenstillstandes mit billigem Hohn überzieht, ist zwar verständlich, zengt aber nichtsdestoweniger von großer politischer Kurzsichtigkeit. Und gerade die deutschen Reaktionen hätten sehr wenig Anlaß, einen solchen Freudensturm anzustellen. Denn die Taktik, die die bel-

gischen Genossen nunmehr befolgen, ist keine andere, als diejenige der deutschen Socialdemokratie, über deren drohende Erfolge unsre Reaktionen doch täglich durch wütendes Scharmschäferschrei quittieren. Zu den Kampfmitteln der deutschen Socialdemokratie hat der Generalstreik nie gehört. Gerade die deutschen Delegierten haben auf internationalen Kongressen immer wieder dies politische Instrument als ein unbrauchbares und überflüssiges bezeichnet. Die deutsche Socialdemokratie hat seit jeher die politische Schulung und die Organisation der Arbeiterklasse für die einzige ziel-sichere Vorbereitung zur Eroberung der politischen Gewalt erklärt, sie hat stets betont, daß diese ruhige und unermüdbare Aufklärungs- und Disziplinierungsarbeit, diese Gesetzmäßigkeit den Kapitalismus tötet. Die belgischen Genossen, die durch gewaltige Demonstrationen der herrschenden Klasse das Wahlrecht früher abzutreten glaubten, haben sich in der Wirkung dieser Demonstrationen für den Augenblick geirrt. Aber sie erblickten, und mit Recht, hierin nicht den mindesten Anlaß, Acemütig auf den weiteren Kampf zu verzichten: im Gegenteil, der brutale Widerstand, der hinter die Macht der Bayonnette sich verschaukelnden Liberalen, die sich nicht schenten, zur Ausbreiterhaltung ihrer Privilegien Ströme Bürgerblutes zu vergießen, ist ihnen nur ein immer kräftigerer Aufsporn, die Schritte zu revolutionieren, die Massen noch straffer zu organisieren, als bisher. Der Jubel der deutschen Reaktionen hätte nur dann einen Sinn, wenn das belgische Proletariat den Höhepunkt seiner Macht, seiner politischen Expansion bereits erreicht hätte, wenn die politischen Machtverhältnisse des Augenblicks auch die aller Zukunft bleiben würden. Aber der Socialismus marschiert, er gewinnt immer neue Anhänger, er schwächt unangeseht die Position der Liberalen, so daß eine Vertagung der Entscheidung nur die spätere Wiederaufnahme des Kampfes unter günstigeren Bedingungen bedeutet!

So viel zur Dämpfung des reaktionären Jubels. Eine andre Frage ist die, ob die führenden Genossen in Belgien während der Revisionsbewegung der letzten Wochen nicht trotz alledem Fehler gemacht haben. Die wiederholte Janderpolitik unsrer Genossen, ihre Rücksichtnahme auf die Wünsche der verbündeten Liberalen, ihr, um einen nicht sehr höchsten, aber deutlichen Ausdruck zu gebrauchen, scheibbarer Fickelkurs war wiederholt geeignet, ernste Bedenken zu erwecken. Andererseits ist man sich in Deutschland bewußt, wie unendlich schwer es ist, aus der Ferne die Verhältnisse zu beurteilen. In Verdrüsslichkeit dieser Schwierigkeiten unterlassen wir es auch heute, Kritik an dem Verhalten unsrer belgischen Genossen zu üben, so sehr namentlich auch die rasche Aufeinanderfolge der Proklamierung und der Aufhebung des Generalstreiks zu kritischen Nachbetrachtungen reizt.

Ueber die Motive zur Aufhebung des Generalstreiks machen bürgerliche Mütter noch folgende unkontrollierbare Mitteilungen:

„Der Beschluß, die Wiederaufnahme der Arbeit zu proklamieren, ist den Socialdemokraten nahegelegt worden von der progressivsten Partei Belgiens. Diese beschloß am Sonnabend, den König zur Intervention aufzufordern und gleichzeitig die socialdemokratische Partei zu ersuchen, den Generalstreik einzustellen, da sein Zweck erreicht sei und das Land gehehen habe, wie fast der Wille der Arbeiterpartei sei. Die der „Frk. Ztg.“ aus Brüssel gemeldet sei, glauben Optimisten, daß den Führern der socialdemokratischen Partei im Falle der Aufhebung des Generalstreiks Zusicherungen von hoher Stelle gegeben seien. Eine Intervention des Königs nach Aufhebung des Streiks werde nicht für unmöglich gehalten. In Brüssel forderte am Sonnabend ein socialistischer Führer in einer Versammlung auf, noch einige Tage ruhig zu bleiben und eine unerwartete, aber nicht unmögliche Lösung der Krise abzuwarten.“

Vom Montag wird der „Voss. Ztg.“ aus Brüssel gemeldet, daß von dem für Montag einberufenen Ministerrat der Erlaß zur Aufhebung des Parlaments erwartet wird.

Was an diesen Meldungen Wahres ist, entzieht sich, wie gesagt, unsrer Beurteilung. Bemerkenswert sei, daß eine Nachgiebigkeit der Regierung auch jetzt noch insofern nicht völlig ausgeschlossen ist, als auch 1893 die Regierung nach den Demonstrationen erst eine gewisse Anstandsfrist verstreichen ließ, bevor sie dem Drängen des Volkes Konzessionen machte.

Brüssel, 21. April. (W. S.) Die Meldungen aus der Provinz über die Lage berichten, daß nicht überall das Losungswort der Socialistenführer betr. die Wiederaufnahme der Arbeit befolgt worden ist. Besonders im Mittelbecken und in Charleroi sind die Arbeiter nicht mit der Beendigung des Ausstandes zufrieden. Der Abgeordnete Mansart wurde in La Louvière ausgepfiffen, als er vor den versammelten Streikern die Wiederaufnahme der Arbeit predigte. Zu Verdiers wurde die Rede Malcompes mit den Ausrufen: „Es lebe der Ausstand! Nieder mit dem Generalrat!“ begrüßt. In Namur wurde der Abgeordnete Verloy ebenfalls mit den Ausrufen: „Es lebe der Ausstand!“ empfangen, als er den Beschluß des Generalrates bekannt machte.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. April.

Der Reichstag

nahm am Montag die erste Lesung der Serbisvorlage vor. Die Aufnahme, die der Entwurf fand, war nicht sehr freundlich. Die Redner aller Parteien bedauerten, daß die vom Hause längst geforderte Neuregelung des Wohnungsgeldzuschusses nicht vom Grund aus erfolgt und seine

Verkoppelung mit den Serbisvorklassen beibehalten worden ist. Die Serbisvorlage regelt die Entschädigung für die Einquartierungslasten und sieht dabei eine bestimmte Klasseneinteilung der Orte vor. Nach dieser Einteilung soll sich nach wie vor der Wohnungsgeldzuschuß regeln, von dessen Erhöhung nicht die Rede ist. Eine Verbesserung ist nur insofern vorgesehen, als die niedrigste Serbisklasse befreit wird und eine Reihe von Orten in höhere Klassen erhoben werden. Dabei sind aber nicht einmal die nächsten Vororte von Berlin mit Berlin gleichgestellt und große Städte wie Köln, Leipzig und Breslau sind nicht der ersten Serbisklasse eingereiht worden. Das Bedenklichste aber ist, daß die Regierung diese Neuregelung für so vorteilhaft hält, daß sie sie zehn Jahre lang in Kraft erhalten will, während der Reichstag schon 1897 eine Revision der Serbisvorklassen für erforderlich erklärte.

Selbst der nationalliberale Redner, Herr Gosmann-Dillenburg, und der Redner der Konservativen, Graf Noon, wendeten sich gegen die Verquickung von Wohnungsgeldzuschuß und Serbisvorklasseneinteilung. Lebhaft trat Genosse Singer für eine durchgreifende Erhöhung des Wohnungsgeldzuschusses im Interesse der unteren und mittleren Beamten ein, die jetzt geradezu gezwungen sind, Schlafburgen aufzunehmen. Aber für solche Kulturforderungen ist eben kein Geld da. Schatzsekretär v. Tzielmann jammerte über die schlechte Finanzlage, die im nächsten Jahre noch schlimmer sein würde, und Graf Posadowsky wartete mit dem Mute auf, der Reichstag möge mehr Geld in den Reichsbeutel thun. Wenn für Militär und Marine nicht so viel herausgenommen würde, wäre schon genug darin, um besser für die Beamten zu sorgen, denen die Regierung mit Hilfe des Zolltarifs den Brotkorb noch höher hängen will.

Herr Richter hat ausgerechnet, daß der Wohnungsgeldzuschuß durch die Vorlage um 1 bis 2 Proz. im Durchschnitt erhöht wird. Da die Budgetkommission, an die die Vorlage verwiesen wurde, sich auch mit der afrikanischen Centralbahn beschäftigen wird, hat sie es ja bequem, darüber zu entscheiden, ob es besser ist, eine unrentable Bahn in Afrika zu bauen oder für die Beamten daheim ausgiebiger zu sorgen. Uebrigens steht der Kommission eine gewaltige Arbeit bevor, die sich beinahe mit der der Zollkommission messen kann. Etwa 400 Anträge auf Erhöhung der Serbisvorklassen für einzelne Orte liegen vor, und das Material dieser Petitionen muß, wie Herr Bachem meinte, gründlich durchberaten werden. Die zweite Lesung der Vorlage kann also noch lange auf sich warten lassen.

Dagegen scheint die Beseitigung des fliegenden Gerichtsstandes für die Presse ohne Kommissionsberatung erledigt zu werden. Schatzsekretär Rieberding gab dem Entwurf eine höchst merkwürdige Begründung mit auf den Weg. Er stellte es so dar, als wenn die Regierung, ohne selbst von der Notwendigkeit der Vorlage überzeugt zu sein, nur dem Drängen des Reichstages nachgegeben und sich seinen Wünschen „anbequem“ habe.

Während das nationalliberale Gemüt des Herrn Doktor Esche dieses Entgegenkommen dankbar anerkannte und nur in aller Bescheidenheit einige weitergehende kleine Wünsche vorzutragen hatte, unterwarf Genosse Heine diese Vorlage einer principiellen Kritik und verfocht die Ansicht, daß die Ablehnung des Entwurfs das richtige sei, weil er in seiner jetzigen Form die Presse mehr schädigen, als ihr nützen werde. Er bezeichnete die Auslegung des Reichsgerichtes, auf Grund deren der fliegende Gerichtsstand für die Presse überhaupt erst möglich geworden ist, für ungeheuerlich und hält es für falsch, diese Ungeheuerlichkeit durch die Annahme der Vorlage zu sanktionieren. Besser sei es, wenn auch die Presse auf diesen Fortschritt noch einige Zeit warte. Man muß ja in Preußen Deutschland auf den kleinsten Fortschritt ein Menschenalter werden. Die Redner der übrigen Parteien trugen nur Bedenken gegen Einzelheiten vor, vor allen Dingen dagegen, daß der fliegende Gerichtsstand nur für die Zeitungen, nicht für die Druckschriften überhaupt beseitigt werden soll und daß zu Gunsten des Privatklägers der fliegende Gerichtsstand beibehalten wird.

Dienstag wird die Debatte fortgesetzt. Außerdem steht die zweite Lesung des Schaumwein-Steuergesetzes auf der Tagesordnung.

Somburg im Abgeordnetenhause.

Das Abgeordnetenhause begann am Montag die dritte Lesung des Etats und bewilligte in rascher Reihenfolge eine größere Anzahl von Etats ohne erhebliche Debatte. Erst beim Etat der Eisenbahnverwaltung wurde es lebhaft. Die konservativ-liberale Mehrheit hatte in der zweiten Lesung die Position für den Umbau des Bahnhofs in Somburg gestrichen. Die Nationalliberalen, die gern jede Gelegenheit benutzen, sich bei der Krone in empfehlende Erinnerung zu bringen, beantragten die Wiederherstellung der Position und führten in der Erwartung, daß vielleicht einige Konservative insallen würden, die namentliche Abstimmung herbei. Aber die liberalen Mannesleuten wurden bitter enttäuscht, denn nun beharrten die Konservativen erst recht bei ihrer Ansicht, daß der Umbau des Bahnhofs durchaus nicht deshalb nötig sei, weil ihn der Kaiser wünscht, und sie ließen sich auch durch die beweglichen Klagen der Minister v. Tzielen und Frh. v. Rheinbaben von ihrer Meinung nicht abbringen. Die Kanalfronde stimmte geschlossen gegen den Antrag der Nationalliberalen. Die Position wurde in namentlicher Abstimmung mit 177 gegen 105 Stimmen endgültig

Reichstag.

170. Sitzung vom Montag, den 21. April 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend den Servistarif und die Klasseneinteilung der Orte sowie Abänderung des Gesetzes betreffend die Bewilligung von Wohnungsgeld-Zuschüssen.

Abg. Hofmann (Dillenburg (natl.)): Die Vorlage hat zwei Seiten. Mit dem neuen Servistarif sind wir im großen und ganzen einverstanden. Besonders freuen wir uns über die Berücksichtigung des platten Landes. Was zweitens die Bemessung der Wohnungsgeldzuschüsse anlangt, so sind wir der Meinung, daß diese Bemessung nach anderen Grundsätzen erfolgen dürfte als die Bildung der Servisstellen. Ich kann im Namen meiner Freunde erklären, daß wir das in der Vorlage angeordnete Verfahren als ein dauerndes für unhaltbar ansehen und ablehnen werden. Wir fordern die prinzipielle Trennung von Wohnungsgeld-Zuschüssen und Servisstellen. Positive Vorarbeiten habe ich heute nicht zu machen. Vielleicht wäre es angebracht, 1/2 der tatsächlich bezahlten Miete zurückzuerhalten; ein Fortschritt würde auch darin liegen, wenn der Wohnungsgeldzuschuß der Beamten mit und ohne Familie verschieden berechnet würde. Das jetzige System ist eine von der Regierung selbst künstlich geschaffene ewige Quelle der Bitterung und Mißstimmung unter den Beamten. — Ich beantrage im Namen meiner Freunde die Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission oder eventuell an eine besondere Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Singer (Soz.):

Ich schließe mich dem Antrag auf Überweisung an die Budgetkommission an; sie ist jedenfalls die geeignetste Kommission dazu, weil sie die finanzielle Lage, mit der diese Vorlage eng in Zusammenhang steht, am besten beurteilen kann. — Mit dem ersten Teil der Vorlage sind wir ganz einverstanden. Wir sind aber ebenfalls der Meinung, daß wir uns nicht mit der Verletzung einiger Orte in höhere Servisstellen und der Aufhebung der 5. Servisklasse begnügen können. Die Forderung nach dem Geld in eine höhere Servisstelle zu kommen, wird eingetragene, wenn überhaupt vernünftige Wohnungsgeld-Zuschüsse existieren. Nun sagt die Regierung, trotzdem vor fünf Jahren im Reichstag und auch bei der Regierung einverständig darüber herrschte, daß andere Grundsätze für die Wohnungsgeldzuschüsse gefunden werden müssen, daß diese Reform jetzt nicht vorgenommen werden könne und verschärft ihre ablehnende Haltung noch dadurch, daß sie sagt, das Gesetz soll künftig nur von 10 zu 10 Jahren revidiert werden. Eine der Gründe dafür, daß das vorige Mal die fünfjährige Revision in das Gesetz aufgenommen wurde, war ja gerade, daß man nach Ablauf der 5 Jahre die Gelegenheit bemerken wollte, um eine vollständige Regulierung der Wohnungsgeldzuschüsse herbeizuführen. Es ist charakteristisch für die Auffassung der Regierung, daß sie ein Gesetz, das vor 30 Jahren gemacht ist, noch heute für maßgebend hält. Sie scheint der Ansicht zu sein, daß sich seit dreißig Jahren in Deutschland nichts geändert hat in den wirtschaftlichen Verhältnissen, nach denen doch ein vernünftiger Wohnungsgeld-Zuschuß berechnet werden muß. In Berlin, das eine Ausnahmestellung genießt, beträgt der Wohnungsgeld-Zuschuß nach der Vorlage für die unteren Beamten 240 M. Die Regierung muß doch selbst wissen, daß diese Beamten von ihrem Gehalt, unmöglich so viel zulegen können, um eine ihren Ansprüchen genügende Wohnung zu erhalten. Sie werden direkt auf das Doppelte von Schlafbrücken hingewiesen, und die Schäden des Schlafstellenwesens brauchen wir ja heute nicht erst nochmals zu erörtern. Berlin genießt aber, wie gesagt, noch eine Ausnahmestellung. In den Städten der Provinz sind die Zuschüsse noch viel geringer. Ich frage Sie, wie sollen Unterebene in großen und mittleren Städten mit einem Wohnungsgeld-Zuschuß von 180 bis herab zu 72 M. auskommen? Eine Verbesserung wird nun darin gesucht, daß die Orte aus der niedrigen in die höhere Servisklasse gerückt sind. Das ist aber gar nicht richtig. Der Wohnungsgeld-Zuschuß muß berechnet werden nach den wirtschaftlichen Verhältnissen. Die Posttarif-Vorlage der Regierung wird ja hoffentlich verhindert werden, von den verächtlichen und habgierigen Forderungen des Bundes der Landwirte ganz abgesehen. Die Regierung aber mußte, als sie die Servisvorlage machte, von der Annahme ausgehen, daß ihr Posttarif-Gesetz werden würde. Dann wäre die Folge eine Vertheuerung der notwendigen Lebensmittel und damit zwingen Sie die Beamten, mehr Geld für die Nahrung auszugeben und es an der Wohnungsmiete abzugeben. Deshalb ist dem die Vorlage so unzureichend? Weil wir Millionen und Abermillionen für Militarismus und Marinismus ausgegeben haben, und deswegen für Kulturzwecke kein Geld haben. Ich hoffe, daß die Kommission sich an die Arbeit machen und das leisten wird, was man von ihr verlangen muß: eine gründliche Reform des Wohnungsgeld-Zuschusses. Wünschenswert ist ferner noch die Gleichstellung einer Reihe Bezirke und Bezirke mit Berlin. Dort sind die Wohnungsmieten, wenn auch nicht teuer, so doch mindestens ebenso hoch wie in Berlin. Wo gleichartige wirtschaftliche Verhältnisse vorhanden sind, müssen auch gleiche Wohnungsgeldzuschüsse gezahlt werden. Hierzu rechne ich auch noch die Industriestädte. Dort besteht ein Wohnungsmangel und die Folge ist die Steigerung der Mietpreise. Ich hoffe, daß in der Kommission sich die Möglichkeit finden wird, die großen Mängel, an denen die Regierungsvorlage leidet, zu beseitigen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Herr v. Tziellmann:

Der Herr Abg. Singer sagte, das erste, was man von einem Wohnungsgeld-Zuschuß verlangen könnte, ist, daß er vernünftig sei. Ich unterbreite das vollkommen; nur läßt sich über den Begriff „vernünftig“ streiten. Nach der Ansicht des Abg. Singer z. B. würde nur der Zuschuß vernünftig sein, der die ganze Wohnungsmiete deckt, während der Abg. Hofmann einen Zuschuß von drei Vierteln der Miete verlangte. Als der Zuschuß eingeführt wurde, war man sich klar darüber, daß es nur ein Zuschuß sein sollte. Gegenüber den Ausführungen der beiden Redner möchte ich an etwas erinnern, was von ihnen nicht beachtet worden ist, nämlich, daß wir seit der ersten Vorlage betr. den Wohnungsgeldzuschuß unsere Beamten eine Reihe Zulagen in den verschiedensten Formen gewährt haben, so z. B. in Gehaltserhöhungen. Wenn nach der neuen Klasseneinteilung für einzelne Orte noch Ungerechtigkeiten bestehen sollten, so wird die Kommission ja die Aufgabe haben, derartige Ungerechtigkeiten zu beseitigen. Den Herzenswunsch des Abg. Singer, daß der Zuschuß erhöht werden soll, kann ich sehr wohl verstehen; wenn nur die Mittel dazu vorhanden wären! Die Finanzlage des Reiches hat sich sehr ernst gestaltet und wird sich in diesem Jahre noch ernst gestalten. Ich möchte Sie bitten, auch dieses Moment in Ihren Beratungen nicht unberücksichtigt zu lassen.

Abg. Richter (fr. Sp.):

Wenn die Regierung nicht gründlicher reformieren wollte, als es diese Vorlage thut, weshalb hat sie dann die großen Enquêtes veranstaltet, die statistischen Erhebungen, die Vergleiche zwischen Wohnungsmiete und Zuschuß usw.? Es wird im ganzen eine Erhöhung um 681 000 M. verlangt. Das beträgt im Verhältnis zu der Gesamtsumme des Wohnungsgeld-Zuschusses 2 Proz., rechnet man den Servis, mit dazu ganz und gar nur 1 Proz. Das ist noch nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein.

Mit großer Entschiedenheit ist soeben vom Staatssekretär betont worden, es sollte ja nur ein Zuschuß sein. Was man aber dann verlangen kann, ist, daß der Zuschuß heute denselben Prozentsatz von der Miete darstellt wie 1873. (Sehr richtig! links.) Nun machte der Herr Staatssekretär auf die Erhöhung der Gehälter aufmerksam. Gewiß, daß ist nicht zu bestreiten. Aber durch den Wohnungsgeld-Zuschuß sollen doch die Ungleichheiten beseitigt werden, die sich für dieselben Beamtenklassen aus der Verschiedenartigkeit der Teuerungsverhältnisse in den einzelnen Orten ergeben. Man kann sich höchstens auf die Teuerungszulagen für die Postbeamten beziehen. Man verweist uns nun auf die finanzielle Lage, auf anderen Gebieten aber läßt doch die finanzielle Lage die Verwirklichung aller möglichen Projekte zu. Die Unterhaltung der Besatzung in China kostet uns nahezu so viel wie der ganze Wohnungsgeld-Zuschuß für die Beamten. Unsere ganze Weltpolitik steht im Widerspruch zu der finanziellen Lage. — Die Hauptsache, daß wir zu keiner richtigen Normierung der Wohnungsgeld-Zuschüsse kommen, liegt in der unglücklichen Verquickung von Wohnungsgeld-Zuschuß und Servis. (Sehr richtig! links.) Mit der Überweisung an die Budgetkommission sind wir einverstanden. Dieser Kommission liegt zur Zeit auch die Vorlage betreffend eine Reichsgarantie für eine Bahn in Ostafrika von Dar-es-Salaam nach Morogo vor. Dort werden für 87 Jahre pro Jahr 700 000 M. gefordert. Diese Vorlage verlangt nur 681 000 M. Wenn man jene 700 000 M. wenigstens vorläufig spart, könnte man hier schon das Doppelte einsehen. Die Beamten wünschen dringend eine solche Verbesserung, während den Schwärzen in Afrika wenig an der Bahn gelegen ist (Heiterkeit), höchstens liegt diese im Interesse einiger Mitglieder der Kolonialgesellschaft. — Die Kommission wird auf jeden Fall eine gründliche Nachprüfung der Vorlage vornehmen müssen und vor allem auch den Termin für die Revision dieses Gesetzes erheblich heruntersetzen. Nach unserer Meinung wäre alle zwei Jahre eine solche Revision erforderlich. Im Hinblick auf die früheren Absichten der Regierung und die langen Vorbereitungen, die das Gesetz erfordert hat, kann ich nur sagen: Die Verge (haben) sich auf und herans (kam) nur ein winziges Märlein. Wir sehen jede Verantwortung ab, daß es so gekommen ist. (Bravo! links.)

Abg. Graf Noon (Soz.): Herr Singer sprach wieder einmal von den verächtlichen und habgierigen Forderungen der agrarischen Presse. Sie wissen sehr gut, daß die agrarische Presse unsere Ansichten vertritt. Was würden Sie sagen, wenn wir bei jeder Gelegenheit von unverschämten und habgierigen Börsen- und Judenblättern reden würden. Was die Sache selbst anlangt, so sind auch wir für eine Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission. Die Verquickung der Servisstellen mit dem Wohnungsgeld wird sich auch nach unserer Ansicht auf die Dauer kaum aufrechterhalten lassen; ebenso halten wir den Termin von zehn Jahren für zu lang. Die Klasseneinteilung schlägt ich vor, für einige Jahre en bloc anzunehmen, sonst könnte allerdings eine Verzögerung eintreten, wie sie Herr Richter schilderte.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die von uns aufgestellte Statistik beweist, daß man im Allgemeinen wohl sagen darf, daß sich die Höhe der Wohnungsmieten der Beamten nach den Servisstellen richtet. So waren wir auf Grund des gesammelten Materials viel eher in der Lage, dem Wünsche des Reichstags zu entsprechen und bei der Abgrenzung der Orte in die einzelnen Servisstellen die tatsächlichen Wohnungsmieten zu Grunde zu legen. Die Höhe des Wohnungsgeld-Zuschusses kann nicht Gegenstand der Debatte bei dieser Vorlage sein, denn es handelt sich hier nicht um eine Novelle zum Gesetz über den Wohnungsgeldzuschuß. Sollten Sie ein solches Gesetz wünschen, dann würde ich Ihnen allerdings sagen müssen: Ihue Geld in Deinen Beutel, denn eine solche Vorlage wäre von außerordentlicher finanzieller Tragweite. — Ich bitte Sie, sich im großen und ganzen auf den Boden der Vorlage zu stellen und uns in der Kommission ihre Vorschläge zu unterbreiten. Klasseneinteilung und Bemessung der Wohnungsgeldzuschüsse zu machen.

Abg. Dr. Bachem (L.): Bei einer Anzahl von Städten ist bei Festlegung des Servisstandes das Wohnungsbedürfnis in Rücksicht gezogen worden, bei den meisten nicht. Deshalb sind wir zu einem Zwitterding gekommen, das weder ein guter Servistarif noch ein guter Wohnungstarif ist. Der vorliegende Tarif ist nicht geeignet, eine dauernde Regelung herbeizuführen. In drei großen Städten liegen die Verhältnisse besonders mißlich. Köln, Breslau und Leipzig müssen nun endlich in die Servisklasse A. Die Vorlage hat in dieser Beziehung wieder nichts getan. Der Antrag der en bloc-Akademie, wie sie Graf Noon beschwor, erscheint mir als eine bedenkliche Prozedur. Wir müssen die eingegangenen Petitionen förmlich durcharbeiten. Servistarif und Wohnungsgeldzuschüsse müssen getrennt werden. Die früheren Vorlagen sind stets von der Budgetkommission mitberaten worden, es bleibt uns nichts übrig, als die Vorlage wieder der Budgetkommission zu überweisen, was ich hiermit beantrage.

Abg. Venzmann (fr. Sp.): Für den Westen paßt die ganze Klasseneinteilung nicht. Wir haben im Westen Städte mit weniger als 4- und 5000 Einwohnern, die ebenfals Tenierung und Wohnungsbau haben, wie Städte mit 40 000 und 50 000 Einwohnern. Die Städte im Westen haben kolossale Kosten, sie zahlen auch den Kommunalbeamten viel höheres Servis wie das Reich. Hagen ist in die erste Klasse eingereiht, Wittenberich, Herford, Alfena gehören aber auch in die erste Klasse, sie sind nicht hineingekommen wegen ihrer Einwohnerzahl, obwohl sonst dieselben Verhältnisse herrschen wie in Hagen.

Abg. Hoffmeister (fr. Sp.): Es muß sich darum handeln, ausgleichende Gerechtigkeit zu üben. Die Vorlage erscheint mir weiter davon entfernt, als der gegenwärtige Zustand. Die Grundzüge der Vorlage sind falsch. Die Berechnung nach der Einwohnerzahl führt zu großen Ungerechtigkeiten. Die Festlegung der Servisstände, insbesondere in Hagen sind nicht genügend berücksichtigt worden. Hiermit schließt die Diskussion.

Die Vorlage wird der Budgetkommission überwie-

Es folgt die erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes betreffend den veränderten Gerichtsstand der Presse (Abänderung des § 7 der Strafprozess-Ordnung). Nach der Vorlage soll § 7 der Strafprozess-Ordnung folgende Fassung erhalten:

§ 7. Der Gerichtsstand ist bei demjenigen Gerichte begründet, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist.

Wird der Tatbestand der strafbaren Handlung durch den Inhalt einer im Inland erschienenen periodischen Druckchrift begründet, so ist als das nach Absatz 1 zuständige Gericht nur dasjenige anzusehen, in dessen Bezirk die Druckchrift erschienen ist. Jedoch ist in den Fällen der Beleidigung, sofern die Verfolgung im Wege der Privatklage stattfindet, auch das Gericht, in dessen Bezirk die Druckchrift verbreitet worden ist, zuständig, wenn in diesem Bezirk die beleidigte Person ihren Wohnort oder gewöhnlichen Aufenthalt hat.

Staatssekretär Nieberding:

Die Vorlage ist weniger der Ausdruck der Ueberzeugung der veränderten Regierungen als der Ausdruck des Wunsches, in dieser kritischen Frage der Forderung des Reichstags entgegenzukommen. Der Reichstag hat wiederholt in der Richtung der Vorlage Beschlüsse gefaßt. Ueber einen dieser Beschlüsse geht der Entwurf noch hinaus. Der Reichstag wollte seiner Zeit die Bestrafung des Gerichtsstandes zu Gunsten der Presse nur eintreten lassen zu Gunsten des Redakteurs, Verfassers, Verlegers und Druckers. Die Regierung war da-

gegen der Meinung, daß alle an einem Preßdelikt beteiligten Personen gleichartig behandelt werden müßten. Eine Ausnahme macht die Vorlage nur bei Privatklagen. — Um der Wahrheit die Ehre zu geben, muß ich übrigens erklären, daß die Regierung sich jenen Wünschen des Reichstags nur anbequem hat, ohne sich seine Auffassungen zu eigen zu machen. Die Regierung kann es nicht anerkennen, daß der jetzige Zustand zu so erheblichen Ungerechtigkeiten geführt hat, daß eine Veränderung dringend notwendig gewesen wäre. Wenn also in der Presse Stimmen laut geworden sind, die den jetzigen Zustand für noch besser halten als die Vorlage, so würden die veränderten Regierungen, falls der Reichstag diesen pessimistischen Annahmen folgen sollte, nichts dagegen haben; wir ziehen das Gegenwärtige auch vor. Zugunsten ist allem, daß der gegenwärtige Zustand hier und da Ungerechtigkeiten für die Presse haben kann, aber die Rücksichten auf die Presse allein können nicht maßgebend sein.

Abg. Dr. Esche (natl.): Die Vorlage wäre gar nicht notwendig gewesen, wenn der § 7 der Strafprozess-Ordnung immer richtig ausgelegt worden wäre. Eine Straftat muß naturgemäß da bestraft werden, wo sie begangen ist. Das steht auch in den Motiven der Strafprozess-Ordnung. Die Vorlage ist also nur von deklaratorischem Wert, sie schafft kein neues Recht, kann also auch niemals als ein Privileg für die Presse angesehen werden. Die Ausnahme, welche die Vorlage für Privatklagen wegen Beleidigung vorsieht, halte ich für durchaus glücklich. Dem Beleidigten muß daran liegen, daß in seinem Wohnort, wo das Schriftstück verbreitet worden ist, der Tatbestand der Beleidigung festgestellt wird. Dagegen bedauere ich es sehr, daß auch durch die Vorlage noch kein einheitlicher Gerichtsstand geschaffen wird. Es bleibt neben dem Erscheinungsort des Preßereignisses auch der Wohnort des Täters als Gerichtsstand bestehen. Eine Kommissionsberatung der Vorlage halte ich für überflüssig. Ich kann schließlich noch konstatieren, daß das Verdict, diese Vorlage veranlaßt zu haben, meiner Partei zufällt; es war ein Antrag Büsing, der die Regelung dieser Materie zuerst verlangte. (Bravo! bei den Natl.)

Abg. Dr. Spahn (L.): Eine Kommissionsberatung halte ich für nicht angebracht, da es sich um eine verhältnismäßig geringe Zahl von Streitpunkten handelt, die sich außerdem noch auf einem Gebiet bewegen, das für die Öffentlichkeit großes Interesse hat, nämlich auf dem Gebiete der Presse. Die einzelnen Streitpunkte selbst werden ja in der zweiten Lesung ausführlich erörtert werden. So wird es sich darum handeln, ob es richtig war, die periodische Presse allein einzubeziehen und vor allem auch um die Frage des Gerichtsstandes des Wohnortes des Täters. Die in der Vorlage gemachte Ausnahme für Privatklagen halte ich für durchaus notwendig.

Abg. Beck-Coburg (fr. Sp.): Schon seit vielen Jahren hat es um den Absatz des § 7 einen heftigen Kampf gegeben und eine Änderung des § 7 wurde allseitig verlangt. Auf dem Hamburgher Juristentage hat sich Professor Liszt ebenfalls für eine Änderung ausgesprochen, und es wurde dort eine Resolution angenommen, die sich für die Beseitigung des stiegenden Gerichtsstandes aussprach. — Der Entwurf der Regierung verdrängt die Beseitigung des stiegenden Gerichtsstandes auf die periodische Presse. Ich möchte mich dafür erklären, daß die Bestimmungen dieses Gesetzesentwurfs auf alle Produkte der Presse ausgedehnt werden. Wir wollen, daß der Gerichtsstand ausschließlich bei demjenigen Gerichte begründet ist, in dessen Bezirk die strafbare Handlung begangen ist. Wenn auf einer Druckchrift der Druckort nicht angegeben ist, ist allerdings der Entwurf der Regierung nicht ausreichend. Es wird aber dann seitens der Polizei eingeschritten und es ist dadurch die Möglichkeit gegeben, daß die diesbezüglichen Strafprozessparagrafen angewendet werden. Wir sind gegen die Kommissionsberatung und werden in der zweiten Lesung eine Reihe von Abänderungsanträgen stellen. Der vorliegende Entwurf entspricht den Bedürfnissen in keiner Weise und es wäre besser, alles bliebe beim alten, als wenn dieser Entwurf Annahme finden würde. (Bravo! links.)

Staatssekretär Nieberding: An eine Abänderung der Vorlage durch den Reichstag haben die veränderten Regierungen gar nicht gedacht, da sie lediglich einen Verfall des Reichstags bei der zweiten Lesung der Strafprozess-Novelle angenommen haben. Es ist mir also auch nicht eingefallen, eine Dröhung auszusprechen, falls der Reichstag die Vorlage ändert, wie dies der Herr Redner meinte. Ich habe lediglich darauf hingewiesen, daß der Regierung an der Vorlage selbst nicht sehr viel liegt.

Abg. Dr. Dietel (L.): Mit dieser Vorlage hat die Regierung übrigens den Standpunkt aufgegeben, daß vor der allgemeinen Revision der Strafprozess-Ordnung einzelne Materien nicht herausgegriffen werden dürften. — Die Mißstände, welche der stiegende Gerichtsstand zur Folge hatte, sind ja so beläun, daß ich nicht anfänglich darauf einzugehen brauche. Auch die „Deutsche Tageszeitung“, gewiß ein harmloses Blatt (Chor! links), ist auf Grund desselben an den verschiedensten Orten, auch in Hagenburg und Apolda angefaßt worden. Den ersten Satz der Vorlage nehmen meine politischen Freunde ausnahmslos an. Eine Ausdehnung auf die nicht periodische Preßereignisse halte ich nicht für nötig, die Frage ist aber auch nicht so wichtig, um daran die Vorlage scheitern zu lassen. Viel umstrittener ist der zweite Satz. In ihm haben verschiedene Blätter eine Anhebung der Presse, ein Ausnahmefehl schlimmster Art gesehen, während andererseits die „Münchener Allgemeine Zeitung“ nach seiner Ablehnung ein Großziehen der Revolverpresse befürchtet. Beide Auffassungen scheiden nach meiner Meinung weit über das Ziel hinaus. Ich bin der Meinung, daß dieser zweite Satz in der That von der Presse als Ausnahmebestimmung empfunden werden muß, wenn er es auch nicht ist, er ist vielmehr nur eine beschränkte Wiederherstellung des geltenden Zustandes. Wird der Satz Gesetz, so wird Herr Moor in der Lage sein, die gesamte Presse nach Altona zu zitieren. Ich kann erklären, daß ein großer Teil meiner Freunde gegen die Vorlage stimmen wird, wenn der zweite Satz abgelehnt wird. Ich halte es aber nicht für richtig, an diesem Streitpunkt die ganze Vorlage scheitern zu lassen, denn wir dürfen uns der Thatfache nicht verschließen, daß sie eine erhebliche Verbesserung für die Presse bedeutet. (Bravo! rechts.)

Abg. Meine (Soz.): Der Staatssekretär hat uns zu verstehen gegeben, daß die Regierung diesem Entwurf mit dem Gefühl absoluter Zurücklässigkeit gegenüber steht. Er hat gesagt: „Wird der Entwurf nicht angenommen, um so besser.“ Wird der Entwurf, wie er vorliegt, nicht angenommen, so sage auch ich: „Um so besser!“ Ich bin hier einer von den wenigen, die an dem Entwurf den geringsten Teil der Vaterchaft haben und werde diese glückliche Position ausnutzen und erklären, warum es besser ist, wenn er nicht angenommen wird. Ich gebe zu, daß es für einen Juristen schwer ist, die Gefahren, welche in diesem Entwurf liegen, zu erkennen. Der Entwurf schädigt die Presse mehr, wie er nützt. Ich bin nicht der Meinung des Herrn Staatssekretärs, es wäre nicht vorgekommen, daß der § 7 leichtfertig angewendet wäre. Das kam ich auf Grund der Erfahrungen in meiner Praxis als Verteidiger widerlegen. Ich erinnere z. B. nur an den Fall Graßmann. Graßmann ist wegen seiner Ueberzeugung des Vignori zu Gericht gezogen, bis er endlich in Bayern verurteilt ist. In München habe ich selbst folgenden Fall aus den Akten gesehen: Eine sächsische Staatsanwaltschaft fragte in München an, weshalb wegen einer Kritik des Oestöner Urteils keine Anklage erfolgt sei und es findet sich in den Akten der Münchener Staatsanwaltschaft der Vermerk: „Die Staatsanwaltschaft habe sich

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Südost).
 Dienstag, den 22. April, abends 8 Uhr:
General-Versammlung
 in „Sansonci“, Kottbuserstr. 4a:
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes und Rechnungslegung.
 2. Wahl des Vorstandes.
 3. Vortrag des Genossen Dr. Leo Arons über:
 „Die beteiligten wir uns an der preussischen Landtagswahl“.
 4. Diskussion. 5. Vereinsangelegenheiten.
 242/15
 Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
 in Schmidt Gesellschaftshaus, Gartenstraße 13.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Klees über den neuesten Entwurf des Rinderordnungs in gewerblichen Betrieben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 247/5
 Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.
 Bei der großen Bedeutung, welche dieser Vortrag auch für die Frauen hat, sind letztere besonders eingeladen und werden für dieselben die Galerien reserviert.
 C. C.

Socialdemokrat. Wahlverein für den 6. Berliner Wahlkreis.
 Donnerstag, den 24. April 1902, abends 8 1/2 Uhr.
Versammlung
 in den „Kaminhallen“, Bremerstraße 70/71.
 Tages-Ordnung:
 1. Die augenblickliche Situation unserer Organisations-Angelegenheit.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 247/7
 Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis (Schönhauser Vorstadt).
 Am Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, im Berliner Prater, Kastanien-Allee Nr. 7-9:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers und der Kassieren. 2. Wahl des 2. Vorstehenden. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Vortrag des Genossen Julius Kaliski über: „Bürgerrecht und Sozialreform“. 5. Diskussion.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert. Um rege Beteiligung ersucht
 247/6
Der Vorstand. J. K.: Carl Mars.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Mittwoch, den 23. April 1902, abends 7 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenerstr. 45:
Branchen-Versammlung der Perlmutter-Arbeiter.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Tischler-Zunahme. Referent: Kollege Klingner. — 2. Malteier. — 3. Verhandlung Angelegenheiten. 82/10
 4. Kollegen! Es ist eure Pflicht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Die Kommission.

Centralverband der Maurer etc.
 Zahlstelle Charlottenburg.
 Dienstag, den 22. April 1902, abends 8 Uhr, im Lokal von A. Bauer, Berlinerstraße 86a:
Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Wilh. Fritsch über: „Die heutigen Zustände auf den Baustellen und wie sind dieselben zu beseitigen.“ 2. Diskussion. 3. Bericht über den Fortschritt der Bauarbeiten. 4. Gewerkschaftliches.
 Der überaus wichtigen Tagesordnung wegen ist es moralische Pflicht eines jeden Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.
 139/6
 Deshalb erwartet recht regen Besuch
Die örtliche Verwaltung. J. K.: Fr. Busse.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Dienstag, den 22. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal II:
Versammlung der Silberpolierer.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kol. Mahle. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Mittwoch, den 23. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Versammlung der Metallschleifer.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Paul Jahn über: „Das Recht auf Arbeit“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 114/3
Die Ortsverwaltung.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)
 Am Mittwoch, den 30. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Raabe, Kolbergerstraße 23:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vorstandsbericht. 2. Kasienbericht. 3. Bericht von der Gaunferrens. 4. Bericht der Delegierten zur Gewerkschaftskommission. 5. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 64/9
 Pflicht der Mitglieder ist es, bei der wichtigen Tagesordnung zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

+ Lichtbilder-Vorträge +
 über Schwangerschaft, Frauenschutz und Leiden.
 Mittwoch, den 23. cr., für Männer, Admiralsstr. 18c.
 Donnerstag, d. 24., für Frauen, Androssstr. 21, abends 8 1/2 Uhr.
 Gänge 20 Pf., 1 Broschüre. Ref.: prof. Ratschell. Grundmann.
 Naturheilk. „Reform“ Kuranstalt Köpenickerstr. 72, Sprechst. 11-2, 6-8.

Centralverband der Maurer etc.
 (Zweigverein Berlin.)
 Donnerstag, den 24. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
I. General-Versammlung
 des Zweigvereins (aller zum Wohngebiete gehörigen Verbands-Zahlstellen, sowie der Sektionen der Putzer, Kabinenputzer und Cementierer).
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. 2. Abrechnung vom 1. Quartal. 3. Ergänzungswahl zum Ausschuss. 4. Stellungnahme zur Malteier. 5. Verschiedenes.
 133/11
 Zahlreichen Besuch erwartet
Die Verbandsleitung.

Rabatt-Spar-Verein „Süd-Ost“
 (Vereinsbureau: Kottbuser Ufer 44a).
 Mittwoch, den 23. April, abends 8 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a:
General-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kasienbericht. 3. Statutenberatung auf Grund des Beschlusses der General-Versammlung. 4. Verschiedenes.
 106/19
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Voranzeige.
 Sonntag, den 27. April, vormittags 11 Uhr
 im grossen Saale des Gewerkschaftshauses (Engel-Ufer 15)
Volks-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Wie entladen wir uns von den heutigen Nichtlasten? Referent: Reichstags-Abgeordneter Wend. 2. Diskussion. Der Einberufer.
 238/8

Achtung! Achtung! Komitees u. Vereine.
 Bei Abmachungen von Festlichkeiten im Lokal des Herrn Walter, Große Frankfurterstr. 117, weisen wir hierdurch hin, dass der Tanzmeister Herr Otto Wandt Mitglied untried Vereins ist, dagegen der dort auch beschäftigte Tanzmeister Paul Hassuth Mitglied untried Vereins ist und wir ihn deshalb empfehlen.
 200/1
Der Vorstand des Tanzlehrer-Vereins „Solidarität“.

Achtung! Radfahrer!
 Heute Dienstag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, findet eine **Versammlung der Berliner Einkaufs-Genossenschaft bei Schultheiss, Alexanderstr. 23, statt.**
 Gäste willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.
 Die Geschäftsstelle Marsallustr. 19.
 238/10

Achtung! Rixdorf. Achtung!
 Mittwoch, den 23. April, abends 8 Uhr
 im Lokal von Thiel (früher Laukner), Bergstr. 151/52
Große öffentliche Versammlung aller in der Baubranche Beschäftigten.
 (Maurer, Maler, Zimmerer, Bauarbeiter, Glaser, Tapezierer, Steinsetzer, Tischler usw.)
 Tages-Ordnung:
 1. Der Bauarbeiterfrage in Preussen und die preussische Regierung. Referent: Genosse Gustav Lint. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 238/7
Das Gewerkschafts-Kartell.
 J. K.: Der Ausschuss.

Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.
 Gemäß § 56 a Abs. 3 des Krankenversicherungs-Gesetzes und § 67 des Statuts geben wir den Kassennmitgliedern hiermit bekannt, dass durch Verfügung des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg vom 9. April d. Js. neben den bisher zugelassenen fortan noch folgende 36 Apotheken für die Versorgung der Kassennmitglieder mit Arzneimitteln zugelassen sind:
Für Berlin:
 Helwig, Kaiser Friedrich-Platz 2. Karko, Friesenstr. 19. G. Vogeler, Weinstr. 56. A. Friedländer, Brangelstr. 108. Reich, Adalbertstr. 16. W. Lehmann, Oppelnerstr. 38. A. Reichwage, Reichenbergerstr. 110. S. Schlessinger, Kaufherrstr. 1. Voigt's Wwe., Reichenbergerstr. 172. H. Hermann, Tauerstr. 1. C. Jaensch, Petrusburgerstr. 36. Kowalowski, Grüner Weg 102.
Für Charlottenburg:
 Dr. Dehmel, Anobelsdorferstr. M. Hermel, Hardenbergstr. 4/5. O. Rothe, Spandauerstr. 36. F. Well, Bismarckstr. 81.
Für Rixdorf:
 P. Gutzkow, Prinz Handjerystr. 53. Fr. Ziegen, Hermann-Platz 2.
Für Schöneberg:
 Georg Heygstor, Hauptstr. 52.
 272/12
Der Vorstand. E. Walze, Borslyender.

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie. Teilzahlung wöchentlich 1 Mark. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark. Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeit. schlechteste Gebisse.
Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.
 (Haus Schaarwächter) Sprechst. 9-7 Uhr. 119/7

500 Teppichen
 in verschiedenen Größen und Qualitäten wird Dienstag, den 22., Mittwoch, den 23., Donnerstag, den 24., Freitag, den 25., und Sonnabend, den 26. April, nachm. von 2-7 Uhr in einem Lagerraum des Teppich-Fabrik-Fabrics, Hauptstr. 1, circa 40 Pr. unter bisheriger bekannt billigen Preisen zum Verkauf gebracht. Der Verkauf dieser Teppiche, worunter sich große, schwere, elegante Salons, Wohn- und Speisezimmer-Exemplare befinden, welche nur als Muster-Teppiche gebraucht wurden, findet nur an genannten Tagen, nachmittags von 2-7 Uhr.
Berlin-Schöneberg, Hauptstr. 5-6, Hof links 1 Treppe, hat.

Orts-Krankenkasse für das Barbier-Gewerbe.
 Dienstag, den 22. d. M., abends 9 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosen- thalerstr. 57:
Ordentliche General-Versammlung der Delegierten.
 Tages-Ordnung:
 1. Protokollbesetzung. 2. Jahresbericht des Vorstandes. 3. Bericht der Kassieren. 4. Bericht über die Erhebung der Beiträge. 5. Wahl eines stellvertretenden Vorstandes. 6. Kasienangelegenheiten.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.
 J. K.: Klischmann, Borslyender.
 Dienstag, 22. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Ballschmieder, Badstr. 16:
Vortrag.
 Nur Herren haben Zutritt.
 Thema: „Die Stellung sogenannter Männerkassen durch das Rotweilverfahren“. Die Querschnitten und ihre Folgen. Ref.: H. Müller, Rotweilfabrik, Gr. Frankfurterstr. 87.
 Eintritt frei.

Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.
 Gemäß § 56 a Abs. 3 des Krankenversicherungs-Gesetzes und § 64 des Statuts geben wir den Kassennmitgliedern hiermit bekannt, dass durch Verfügung des Ober-Präsidenten der Provinz Brandenburg vom 9. April d. Js. neben den bisher zugelassenen fortan noch folgende 36 Apotheken für die Versorgung der Kassennmitglieder mit Arzneimitteln zugelassen sind:
Für Berlin:
 Emil Rohde, Landberger Allee 152. Karl Brednow, Kiderstr. 121. Ernst Bachmann, Voßringstr. 50. Paul Evers, Simeonsstr. 52. E. J. Fischer, Rakanien-Allee 2. Herm. Hildebrandt, Schliemannstr. 13. Dr. Richter, Chausseest. 87. A. Rolke, Weidenburgerstr. 51. E. Schölknecht, Bineta-Platz 1. R. Stolzenberg, Bräunlauder Allee 214. Herm. Niemyer, Kollodierstr. 1.
Für Charlottenburg:
 Dr. Dehmel, Anobelsdorferstr. M. Hermel, Hardenbergstr. 4/5. O. Rothe, Spandauerstr. 36. F. Well, Bismarckstr. 81.
 Berlin, den 22. April 1902.

Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.
 Gustav Knebel, Borslyender. H. Philippsohn, Schriftführer.
Bekanntmachung.
 Zur Wahl zweier Vertreter der Arbeiterinnen, an Stelle ausgeschiedener Vertreter in der General-Versammlung der unterzeichneten Kasse, werden sämtliche wahlberechtigte Arbeiterinnen zu dem Zweck Bormahme der Wahl auf Dienstag, den 29. April cr., abends von 7 1/2 bis 8 Uhr in Obhs Festsaal in Schöneberg, Weiningerstraße 8, angefahren Wahllokale hierdurch eingeladen.
 Für die Teilnahme an diesen Wahlen, welche geheim sind und durch Stimmzettel vorgenommen werden müssen, sind die gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen maßgebend.
 272/14
 Im Ausschuss an diese Wahlversammlung findet ebenfalls am 29. April eine ordentliche General-Versammlung mit folgender Tages-Ordnung statt:
 1. Abnahme der Jahresrechnung 1901.
 2. Besondere Angelegenheiten der Beamtinnen.
 3. Annahmestellung von dem Stande der Angelegenheiten, Ausscheiden der Receptur Friedmann.
 4. Freiwillige Krankenkassentrolle.
 5. Verschiedenes.
 Schöneberg, den 18. April 1902.
 Gemeinsame Orts-Krankenkasse für Schöneberg und Friedenau.
 H. Müller, Borslyender.
 Fr. Marx, Schriftführer.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware
 6 Stück für 10 Pf. Albrechts Bäckereien: Braunerstraße 9, Brandstraße 19, Falkensteinstr. 28, Kaufherrstr. 2.

Eigene Confection. Elegante Costümröcke enorm billig
 in Tuch, Idellein, Kammergarn und Cheviot, 6 M., 7 M., 10 M., 12 M., 15 M., Seidendamast 25 M., Alpaca 4,50 M., 6 M., bis 30 M., weils Cheviot und Pique 3, 5, 7-15 M.
Jaketkleider elegante Façons
 in Idellein, Reversibel, Cheviot, Covercoat und Gomeipuu 39870* 15 M., 20 M., 25 M.
Bolerokleider Saccokleider Blusenkleider
 letzte Neuheit 12 M., 15 M., 18 M.
Seidenblusen
 6,50 M., 8 M., 10 M., 15 M.
Blusenhemden
 1,75 M., 2,50 M.
Golfsapes 6 M., 8 M., 10 M.
 Schwärze, glatte u. Bekleidungs Capes und Kragen 10 M., 12 M., 15 M.
Jakets, Sackpaletots, moderne Façons
 in vorzüglichem Sty und tadelloser Verarbeitung 10 M., 12 M., 15 M., 20 M.
Sielmann & Rosenberg BERLIN.
 Kommandanten-Str. 10, Ecke Lindenstr. 10.
Maassanfertigung. Backfisch
 Saccos u. Jafetos 10 M.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Matfeier.

Wie in jedem Jahre seit 1890, so rückt sich die Arbeiterkass...
Wie in jedem Jahre seit 1890, so rückt sich die Arbeiterkass...

Dritter Wahlkreis. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im...
Dritter Wahlkreis. Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im...

Der Wahlverein für den sechsten Wahlkreis hält heute...
Der Wahlverein für den sechsten Wahlkreis hält heute...

Wahlverein für den 6. Wahlkreis Schönhäuser Vorstadt...
Wahlverein für den 6. Wahlkreis Schönhäuser Vorstadt...

Ober-Schöneeweide. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei...
Ober-Schöneeweide. Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, findet bei...

Kohales.

Die städtische Hilfsaktion.

Am Montagabend beschäftigte sich der von der Stadtverordneten...
Am Montagabend beschäftigte sich der von der Stadtverordneten...

Stadtrat Gustav Kaufmann hat am Montag früh um 8 Uhr...
Stadtrat Gustav Kaufmann hat am Montag früh um 8 Uhr...

Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin...
Die öffentliche Bibliothek und Lesehalle in Berlin...

Die Alkoholisten der Irrenanstalt Dalldorf sind in dem...
Die Alkoholisten der Irrenanstalt Dalldorf sind in dem...

und 5 Frauen entlassen werden. 54 Männer und 1 Frau wurden...
und 5 Frauen entlassen werden. 54 Männer und 1 Frau wurden...

Zum Fall Kästner. Es erregte belamlich einiges Aufsehen...
Zum Fall Kästner. Es erregte belamlich einiges Aufsehen...

Die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei ist jetzt...
Die Ermittlungen der hiesigen Kriminalpolizei ist jetzt...

Die wesentliche Verschärfung der Hundesperre ist neuer...
Die wesentliche Verschärfung der Hundesperre ist neuer...

Die Polizei und die Arbeiterkass. Wir teilten kürzlich mit...
Die Polizei und die Arbeiterkass. Wir teilten kürzlich mit...

Der 70. Geburtstag des bekannten Mediziners Prof. v. Leyden...
Der 70. Geburtstag des bekannten Mediziners Prof. v. Leyden...

Durch 15 Messerstücke wurde Sonntagabend ein Klempner...
Durch 15 Messerstücke wurde Sonntagabend ein Klempner...

Lebensgefährliche Brandwunden erlitt am Sonntagmittag...
Lebensgefährliche Brandwunden erlitt am Sonntagmittag...

Ein schreckliches Unglück ist Sonntag in Nordend durch un...
Ein schreckliches Unglück ist Sonntag in Nordend durch un...

das Geschrei und eilten nach der Unfallstelle. Eine Menge Aus...
das Geschrei und eilten nach der Unfallstelle. Eine Menge Aus...

Verneht wird seit dem 12. d. M. die 28 Jahre alte Buch...
Verneht wird seit dem 12. d. M. die 28 Jahre alte Buch...

Der nächste Lehrgang an der Hufeischlagsschmiede...
Der nächste Lehrgang an der Hufeischlagsschmiede...

Mondfinsternis. Am heutigen Dienstag, 22. d. M., findet...
Mondfinsternis. Am heutigen Dienstag, 22. d. M., findet...

Aus den Nachbarorten.

Lichtenberg. Aus der gestrigen Gewerbegeichtswahl gingen...
Lichtenberg. Aus der gestrigen Gewerbegeichtswahl gingen...

Aus Spandau wird uns geschrieben: Unter dem Verdacht...
Aus Spandau wird uns geschrieben: Unter dem Verdacht...

Aus Schöneberg. Bekanntlich hatte der hiesige Socialdemo...
Aus Schöneberg. Bekanntlich hatte der hiesige Socialdemo...

Wetter-Prognose für Dienstag, den 23. April 1902...
Wetter-Prognose für Dienstag, den 23. April 1902...

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des...
Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des...

